

# **b+k** Berichte und Kommentare

2/2026

- Kirche in der Problemlawine
- Synodalpräsidentin im Interview
- Wehrdienst: Gewissen gefragt
- Die AfD in Sachsen-Anhalt
- Die Erneuerung ist da?
- Das Grundgesetz verteidigen
- Waffen oder Wohnungen
- Studientag am 16. Oktober

Arbeitskreis  
Evangelische  
Erneuerung

**anders  
evangelisch  
engagiert**



- 3 Editorial
- 4 Von der Problemlawine kalt erwischt – Vertrauensverlust und Bindungsschwäche als Grundprobleme unserer Kirche / Von Johannes Herold und Martin Kleineidam
- 5 Ecclesia semper reformanda / Von Johannes Herold
- 8 Synodalpräsidentin Tanja Keller im Interview mit Lutz Taubert: Demokratie braucht unseren Einsatz
- 13 Wie viele Prozesse denn noch? / Von Johannes Herold
- 14 Fünf Euro Eintritt. Und die Gnade Gottes umsonst? / Von Hans-Gerhard Koch
- 15 Für Demokratie, Menschenwürde und gesellschaftlichen Zusammenhalt – Pfarrer Martin Kleineidam bei einer Kundgebung in Heidenheim
- 18 Katholikentag 2026: Nicht unpolitisch – und das ist gut so / Kommentar von Hans-Gerhard Koch
- 19 Warum die Kirche ihre Beratung zu Wehrdienst und Kriegsdienstverweigerung wieder ausbaut / Von Martin Tontsch
- 21 Warum sterben für das Recht auf ein besseres Leben? / Von Yona Herold
- 23 Ein starkes Kreuz für die Demokratie – Wie stark war es? Ein Bericht aus dem Gesprächskreis Demokratie des AEE von Hans-Gerhard Koch
- 24 Regionalbischöfin Bettina Schlauraff über die AfD in Sachsen-Anhalt und den Umgang mit Rechtsextremismus (Interview mit HG Koch)
- 28 Angriff auf die Freiheit: die AfD Sachsen-Anhalt und ihre Pläne für Kunst, Kultur und Kirche / Von Elke Zimmermann
- 30 Waffen oder Wohnungen? Die Milliarden-Verschwendung für den teuren Unsinn / Von Hermann Ruttman
- 33 AEE intern
  - Studententag und Mitgliederversammlung am 16. 10. 2026
  - Aus den Regionalgruppen
  - Namen und Adressen
- 36 Das Letzte

Liebe Leserinnen und Leser, zwei Themen bestimmen unser Heft in der zweiten Hälfte des Jahres 2026: Die Kirche mit ihren aktuellen Prozessen auf der einen Seite – und der Schutz unserer Demokratie auf der anderen.

Eigentlich wollen wir ja gar nicht so gerne um unsere Institution kreisen, sondern engagiert dafür eintreten, dass evangelischer Glaube uns trägt und unser Leben und Handeln bestimmt.

Aber die Vielzahl der Strukturprozesse in unserer Landeskirche zwingt uns dazu, das Auge unserer geneigten Leserschaft darauf zu lenken, was aktuell in unserer Kirche passiert. Wir meinen: Es sind Prozesse, die unsere Kirche dauerhaft und tiefgreifend verändern – und viele Kirchenmitglieder werden das erst merken, wenn der Umbau unserer Kirche schon passiert ist.

In diesem Heft werden wir nur ein paar Hinweise geben, was gerade von der Kirchenleitung vorangetrieben wird – und hoffen auf Erfahrungsberichte und Meinungen von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser!

Das zweite große Thema ist der Schutz unserer Demokratie, die von vielen Seiten unter Beschuss steht. Im Geburtsland der modernen Demokratie, den USA, wird sie gerade von Seiten des Kapitals, aber auch durch den Präsidenten und sein engstes Umfeld ausgehöhlt. Kann das uns auch passieren? Noch vor einigen Jahren hätten das wohl die meis-

ten von uns weit von sich gewiesen – mittlerweile können wir da nicht mehr so sicher sein. Die Rechtsextremen werden vermutlich demnächst das erste Länderparlament beherrschen und den Ministerpräsidenten stellen – mit bundesweiten Folgen. Die Presse – als eine der Säulen der Demokratie wird bei uns verächtlich gemacht und gerät stark unter Druck durch Medien, deren journalistischer Anspruch gegen Null tendiert, deren Reichweite aber um so höher ist.

Und schließlich beleuchten wir noch eine Folge der aktuellen kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa: die Wehrpflicht als eine Option, die im Raum steht. Was halten wir als Kirche davon – und was denken eigentlich die Jugendlichen, die es betrifft? Zumindest eine von ihnen möchten wir zu Wort kommen lassen.

Und hier bietet sich ein kleiner Transparenzhinweis an: Sie ist meine Tochter – hat aber eine sehr eigenständige Meinung, die sie profiliert vertritt.

Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen im Namen des LT und vor allem auch des Redaktionskreises gute Gedanken und Anregungen – und hoffe, dass Sie uns an Ihren Erfahrungen teilhaben lassen mit vielen Leserbriefen zu den aktuellen Themen!

Ihr  
Johannes Herold

# Von der Problemlawine kalt erwischt

## Vertrauensverlust und Bindungsschwäche als Grundprobleme unserer Kirche

*Die evangelische Kirche steckt in schwerer Krise, schrumpft im Rekordtempo, hat ihre traditionelle Bindungskraft verloren. Verfügt über weniger Mittel und auch Personal. Und hat dazu noch einen ziemlichen Klotz am Bein: einen übergroßen Bestand an Gebäuden und Immobilien, deren Erhalt sie überfordert. Wie kann die Kirche in dieser Lawine von Problemen überleben? Mit welchen Reformen anstelle eines einfachen „Weiter so“?*

Zwei Pfarrer aus Bayern (ELKB) und Württemberg (ELKW), die Autoren dieses Textes, haben sich zusammengetan, um die Probleme zu erfassen, die unseren Landeskirchen zusetzen. Bei der Analyse zeigte sich, dass die Probleme derart groß und vielfältig sind, dass wir uns in der nächsten Ausgabe unseres Magazins ausführlich damit befassen wollen: 1. Probleme wahrnehmen – 2. Antworten untersuchen – 3. Vertrauen aufbauen/tragfähige Beziehungen stärken.

Aus der Fülle von Problemen (Quellen: EKD, Die Äußerungen kirchlichen Lebens im Jahr 2021 ff. <https://statistik.ekd.de/>) sticht soziologisch gesehen der Mitgliederschwund hervor. 2023 gab es in Württemberg noch rund 1,77 Millionen evangelische Mitglieder, in Bayern 2,08 Mio. 2024 waren in Württemberg nur noch 1,72 Mio. evangelisch, in Bayern 2,03 Mio. Die Mitgliederverluste umfassen verrechnet jeweils 50.000 Kirchenmitglieder. Das entspricht einem Minus einer Kleinstadt wie Heidenheim oder Passau pro Jahr in der ELKW wie in der ELKB. Vielen in den Kirchen(-leitungen) ist diese Entwicklung bekannt und man rechnet seit

Jahren mit einem linearen Gefälle von Kirchenmitgliedern.

Es zeichnet sich aber angesichts der nun erfolgten Minderheitensituation der Christ\*innen in Deutschland ein exponentielles Wachstum der Austrittszahlen ab. Denn viele Taufeltern haben zum Beispiel in der Vergangenheit ihre Entscheidung, ihr Kind taufen zu lassen, damit begründet, dass dieses als ungetauftes Kind später in der Schulklasse ein Außenseiter wäre. Dieses Momentum dreht sich nun gegen die Kirchen. Deutlich wird anhand der Zahlen und Beobachtungen, dass die Bindungskräfte zwischen vielen Mitgliedern und ihrer Kirche Schwächen aufweisen.

Entsprechend den Austrittszahlen sank das Kirchensteueraufkommen in den Jahren 2023 und 2024 von 709 Mio. Euro auf 702 Mio. Euro in Württemberg (-1%) und in Bayern von 719 Mio. Euro auf 715 Mio. (-0,6%). Das ist nicht überall in Deutschland so. Die vergleichbare Kirche im Rheinland verlor sogar 70.000 Gemeindeglieder, hatte aber ein Plus an Kirchensteuereinnahmen von +1,0% (von 731 Mio. zu 738 Mio. Euro).



Die Problemlawine: KI-generiert nach einer Idee der Redaktion

Auch die Zahl der ehrenamtlich Mitarbeitenden in Württemberg sank in den Vergleichsjahren 2021 und 2023 von rund 128.000 auf 125.000 Mitglieder (jeweils 7 von 100 Kirchenmitgliedern arbeiten ehrenamtlich), in Bayern sogar von 139.000 auf 126.000 Mitglieder (jeweils 6 von 100 Kirchenmitgliedern arbeiten ehrenamtlich). Ebenso wirken sich die vielen Ruhestände der geburtenstarken Jahrgänge sowie der Nachwuchsmangel

aus. Es ist klar, dass sich aus diesen Erosionen von Mitarbeitenden Folgen für die kirchlichen Angebote ergeben, die entweder weniger werden oder von verbliebenen Ehren- oder Hauptamtlichen aufgefangen werden müssen. Die Folge ist in beiden Fällen: Bindungskraft schwindet auch hier zwischen Kirche, Ehren- und Hauptamtlichen und dann auch Kirchenmitgliedern. Das begünstigt wiederum den Circulus vitiosus der Kirchenaustritte.

Stichpunktartig seien noch weitere Probleme der Landeskirchen aufgezeigt, die sich aus Geistesströmungen ergeben, die zum Teil seit Langem bestehen und die die Kirchen in ihrer Wirkung und Bindungskraft schwächen: Individualismus, Pluralismus, Materialismus, Spaßgesellschaft, Agnostizismus, Ökonomisierung, Visualisierung und zuletzt auch digitale Vernetzung

bzw. analoge Vereinzelung. Wobei die Stärkung des Individuums, der Vielfalt etc. ein Anliegen der evangelischen Kirche ist. Es geht vielmehr darum zu signalisieren, dass Kirchen und Gemeinden es mit sich verengenden Geistesströmungen (sog. -ismen) zu tun haben.

Bei der Problemlawine, von der unsere Kirchen kalt erwischt wurden, mangelt es eher nicht an der Kommunikation. Die Autoren machen vielmehr den Verlust

an gegenseitigem Vertrauen und das Fehlen tragfähiger Beziehungen als das Grundproblem aus.

*Johannes Herold und  
Martin Kleineidam*

## Ihre Meinung ist gefragt

In der nächsten Ausgabe des b+k möchten wir einen Schwerpunkt auf die Reformprozesse legen, die gerade in den beiden Landeskirchen laufen. Daher bitten wir die Leserschaft: Schreiben Sie uns Ihre Erfahrungen mit den Prozessen – egal ob positiv oder negativ. In der nächsten Ausgabe möchten wir dann eine Auswahl von Leserbriefen veröffentlichen, aber natürlich auch unsere Reflexionen zur Debatte stellen.

ECCLESIA SEMPER REFORMANDA

# Die Erneuerung ist da – man sieht sie nur nicht

**Über den mühsamen Versuch, eine jahrhundertealte Institution  
fit für die Zukunft zu machen**

*Kirche soll sich ständig erneuern – gilt vielen aber als total verstaubt. Wie passt das zusammen? In einem Dreischritt blickt unser Autor Johannes Herold auf das Spannungsfeld zwischen modernem Zeitgeist und alten Kirchenbänken; er zeigt, warum coole Erneuerungen oft unbemerkt bleiben; und schließlich, was sich ändern muss.*

## 1. Theologie und Zeitgeist

So ziemlich jede Klage über „die Kirche“ kommt irgendwann lamentierend auf die angebliche Anpassung der Kirche an den „Zeitgeist“, die dazu führe, dass die Menschen reihenweise aus der Kirche austreten. Als „Zeitgeist“ gilt dann alles, was mit Umweltschutz, Gendern oder Reaktion auf Bedürfnisse der Menschen zu tun hat.

Aber könnte es nicht sein, dass die Ver-

dammung zum Beispiel der Homosexualität eher ein Kennzeichen des damaligen Zeitgeistes war, der staatliche Repressionsmaßnahmen vorsah, bis hin zur Todesstrafe? Und ist es wirklich so abseitig, dass Jesus heutige homosexuelle Partnerschaften ebenso wertgeschätzt hätte wie eine gute Ehe in seiner Zeit? Dass Jesus sich heute gendernd äußern würde, damit auch die Frauen sich angesprochen fühlen – weil er ja wirklich

alle Menschen erreichen wollte, selbst diejenigen, mit denen damals keiner sprach: Zöllner, Huren und Sünder. Die Anbietung an den Zeitgeist gerät so in den dringenden Verdacht, nicht nur „politically correct“ zu sein, sondern tatsächlich biblische Grundanliegen umzusetzen!

## 2. Erneuerungsversuche der Kirchen heute

Wenn man in die heutige Gottesdienstlandschaft sieht, fällt auf, dass schon seit den 60er- und 70er-Jahren des 20. Jh. eine breite Erneuerung stattgefunden hat.

Da gibt es nicht nur Zielgruppengottesdienste für Familien, Männer, Frauen, politisch Interessierte. Neuerdings tummeln sich hier auch Formate wie Wohnzimmerkirche, Disco-Gottesdienst, Dinner-Church oder Kirche Kunterbunt. Und diese neuen Formate hatten schon 1960 einen Vorläufer in Ernst Langes Ladenkirche in Berlin, ein Format, das wir noch heute im „Lorenzer Laden“ in Nürnberg finden.

Eine Vielzahl von Pfarrpersonen und Kirchengemeinden widmet sich also ganz aktuell und höchst aktiv diesem Leitsatz der stetigen Erneuerung der Kirche.

Übrigens: Wie Langes Ladenkirche vom Berliner Konsistorium unterstützt wurde, so trägt auch heute die Bayerische Landeskirche diese Bemühungen mit. Die britische Bewegung Fresh Expressions of Church wurde von Kirchenrat Michael Wolf nach Deutschland geholt, der in den Dekanaten dafür geworben hat, auf Festivals und in Tattoo-Läden Formen von Gemeinde zu finden und aufzubauen. Als neuestes Format in dieser Reihe macht



© Herold

gerade „Einfach heiraten“ Furore und begeistert Menschen für Gottes Segen. Mit diesen neuen Formaten erreicht die Kirche Menschen, die von den bisherigen Angeboten nicht erreicht werden. Und davon gibt es bekanntlich sehr viele!

## 3. Brosamen und das Gesamtbild

Bei all den Erneuerungsversuchen könnte man meinen, die Vorurteile gegenüber der Kirche mit ihren verkrusteten Strukturen wären schlicht dem Unwissen der Menschen geschuldet, die keine Ahnung von der aktuellen Kirchenlandschaft hätten – was in Teilen sicherlich auch richtig ist.

Aber ach! Andererseits ist es nun leider doch so, dass die überwiegende Mehrheit der Kirchengemeinden eben doch ihren Gottesdienst am Sonntagmorgen zwischen 8 und 10.30 Uhr feiert, bei dem die Pfarrperson vorne steht, die Gemeinde in ihren Bänken sitzt und die

Lieder des Gesangbuchs in großen Teilen mehrere Hundert Jahre alt sind (was nicht immer schlecht sein muss, aber eben doch symptomatisch ist!). Fragt man ChatGPT nach einer Liste der bayrischen Gemeinden, die innovative Gottesdienstformate wie Wohnzimmerkirche, Fresh X, Feierabendkirche, Thomasmesse oder ähnliche Konzepte anbieten, so kommt die KI auf 20-40 Gemeinden.

Das ist also vermutlich die Speerspitze der aktuellen Reformationsbewegungen in der lutherischen Gottesdienstkultur in Bayern. Dazu kommen natürlich zahlreiche Gemeinden, in denen Gottesdienste mit Band gefeiert werden, „Jünger auf die Kanzel“ geladen werden (wie in Bayreuth), Esel-Stups-Gottesdienste und andere innovative Familiengottesdienste, mit denen ebenfalls neue Wege beschritten werden. Nehmen wir also einmal an, dass wir von den 20 bis 40 Gemeinden auf das Zehnfache gehen dürften, dann kämen wir auf 200 bis 400 Gemeinden in Bayern, die mit neuen Gottesdienstformen versuchen, neue Menschen zu erreichen.

Setzt man dies ins Verhältnis zu 1.525 Kirchengemeinden in Bayern, dann wird nachvollziehbar, dass sich das Bild der Kirchen in der Bevölkerung hartnäckig hält, die von diesen neuen Angeboten

gar nichts wissen. Denn mit einer Quote zwischen 1 und maximal rund 25 Prozent sind die Erneuerer eben doch noch eine kleine Minderheit innerhalb eines großen Schiffs namens Kirche, das sich sehr konsequent auf einem sehr lang-

samen Kurs befindet.

Und der ist nicht unbedingt immer nah am Menschen, wie die Besuchszahlen der Gottesdienste zeigen.

Zwei Rezepte scheinen sich also als Lösung anzubieten, wenn die Kirche nicht mehr so verkrustet wirken will: eine ganz breite Darstellung der Erneuerungsbewegungen in der Öffent-

lichkeit – und die Überzeugungsarbeit, dass all die neuen Möglichkeiten nicht nur an wenigen Orten gegeben sind, sondern wirklich in der breiten Fläche der Kirchengemeinden. Damit die Menschen erreicht werden, die für solche Formate offen sind!

*Johannes Herold*



*Synodalpräsidentin Tanja Keller im Interview mit dem AEE-Magazin:*

## Demokratie braucht unseren Einsatz

Die neue Synodalpräsidentin der bayerischen Landeskirche, Tanja Keller, spricht über den Umbau der Kirche, schmerzhaftes Entscheidungen und warum sich die Kirche für Demokratie und Menschenwürde einsetzen muss. Die 60-jährige Juristin arbeitet hauptberuflich als Richterin am Arbeitsgericht Regensburg. Sie wurde im März 2026 für eine Amtszeit von sechs Jahren an die Spitze des evangelischen Kirchenparlaments in Bayern gewählt.

**Frau Keller, Sie haben zum Amtsantritt betont, dass ein einfaches „Weiter so“ für die Kirche nicht mehr funktionieren wird. Was also „Weiter so!“ künftig ändern?**

Ich möchte mit einer Gegenfrage beginnen: Welches Kirchenbild haben wir, und was ist unser kirchlicher Auftrag? Wir lesen in der Bibel, dass das Volk Israel 40 Jahre in der Wüste unterwegs und auf der Suche war. Kirche hat sich immer schon verändert. Davon ausgehend wünsche ich mir eine Kirche, die auch in der Zukunft lebendig und vielfältig an vielen Orten präsent ist. Um das zu erreichen, müssen wir viel Spielraum lassen, damit die Menschen, die vor Ort in ihren Kirchengemeinden aktiv sind, dies auch weiterhin tun können. Wenn für eine größere Region gemeinsam überlegt wird, wo welche Schwerpunkte gesetzt werden, wenn vor



Ort nicht mehr über den den Haushalt in allen Einzelheiten, über jede Baumaßnahme, über arbeitsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit angestelltem Personal diskutiert wird, können sich die Menschen vor Ort auf ihre Themen konzentrieren und diese mit mehr Zeit und Energie angehen.

**Die neue Legislaturperiode ist von Sparwängen bei Pfarrstellen und Kirchengebäuden geprägt. Wie wollen Sie als Synodalpräsidentin verhindern, dass der notwendige Konsolidierungskurs zu schmerzhaften Brüchen führt? Nach welchen Kriterien wollen Sie entscheiden, was weichen muss und was bleiben darf?**

Zunächst möchte ich festhalten: Welches konkrete Gebäude oder Angebot bleibt oder weicht, wird in den Regionen entschieden, und zwar gemeinsam mit der jeweils betroffenen Gemeinde. Die Krite-

rien für die Gebäude sind schon benannt und geregelt, in einigen Regionen ist die Entscheidung bereits getroffen, welche Gebäude weiter mit eigenen Mitteln finanziert werden und für welche andere Konzepte gesucht werden sollen. Die Frist hierzu läuft bis zum 31.12.2026. Ich glaube aber auch, wir müssen ehrlich sein. Wenn vor Ort entschieden wird, die eigene Kirche nicht mehr selbst zu nutzen, weil der Unterhalt hierfür zu teuer ist, oder in der eigenen Gemeinde keinen Kindergottesdienst mehr anzubieten, weil niemand da ist, der ihn mit der erforderlichen Energie und Begeisterungsfähigkeit gestalten kann oder nur noch zwei Kinder teilnehmen, dann führt das zu Trauer, bei einigen auch zu Wut oder Enttäuschung. Aber wer, wenn nicht wir, hätte Ideen, wie wir mit dieser Trauer umgehen können? Wir können Enttäuschung und Schmerz zulassen, würdige Abschiedsrituale feiern und Trauerarbeit leisten.

**Kirchenleitung intern: Sie haben vor der Wahl den Wunsch geäußert, dass die Synode wieder mehr Augenhöhe mit anderen Leitungsorganen wie dem Landeskirchenrat gewinnt, da sie sich zuletzt etwas abgehängt gefühlt hat. Wie wollen Sie den Informationsfluss und die Zusammenarbeit mit dem Landesbischof konkret gestalten?**

Sie sprechen es bereits an, wichtig ist zum einen, dass der Landesbischof und ich gut im Austausch sind. Ich kann als ehrenamtlich in der Kirche arbeitende Person nicht den gleichen Wissensstand

haben wie der Landesbischof, der sich hiermit rund um die Uhr befasst. Aber ich muss wissen, um welche Themen es gerade geht, um mir zusammen mit dem Präsidium überlegen zu können, inwieweit dies ein Thema für den Landessynodalausschuss oder die Landessynode ist. Wichtig ist aber vor allem auch, dass Informationen gut und ausreichend fließen. Wenn beispielsweise die Dekane auf dem Hesselberg über die Themen in den Abteilungen informiert werden, müssen die Synodalen wissen, welche Themen besprochen wurden und zumindest die jeweiligen Kernthesen kennen. Hierzu wurde ein Teams-Kanal für die Landessynode eingerichtet, so dass Dokumente schnell und unkompliziert eingestellt werden können. Damit ist sichergestellt, dass sich die Synodalen informieren können.

**Die bayerische Synode blickt auf eine lange Tradition ihrer drei Arbeitskreise zurück: „Gemeinde unterwegs“, „Offene Kirche“, schließlich „Dritter Arbeitskreis“. Gleichzeitig gilt in unserer Landeskirche das Selbstverständnis, dass eine gewählte Präsidentin über diesen „Fraktionen“ steht. Wie sehen Sie da Ihre eigene Rolle im Spannungsfeld zwischen persönlicher Haltung und der geforderten Überparteilichkeit als Präsidentin aller Synodalen?**

Mit den Traditionen ist es so eine Sache. Als Juristin halte ich mich zunächst mal an die Regelungen, die sich die Synode selbst gegeben hat, mit ungeschriebenen Regeln oder einem „Das haben wir schon

immer so gemacht!“ kann ich nicht viel anfangen. Die Logik der drei Arbeitskreise wurde übrigens bereits gebrochen, da sich auf der konstituierenden Synodaltagung ein vierter Arbeitskreis gegründet hat.

Aber mir ist es ein Anliegen, alle Stimmen



April 2014: Die Synode beschließt das Klimaschutzgesetz

und Strömungen in der Synode wahrzunehmen und hierbei keine Unterschiede zwischen „meinem“ Arbeitskreis und den weiteren Arbeitskreisen zu machen. Das bringe ich quasi auch schon beruflich mit, da ich es als Arbeitsrichterin gewohnt bin, beiden Seiten zuzuhören und mir eine möglichst objektive Meinung zu bilden, unabhängig von Sympathie und persönlichen Interessen. Sehr wichtig ist mir dabei, deutlich zu machen, dass die Arbeitskreise weit entfernt von Fraktionen sind, wie wir sie aus den Landtagen und dem Bundestag kennen. Denn nach unserer Geschäftsordnung darf jede und jeder Synodale an jedem Treffen der Arbeitskreise teilnehmen und auch zwischenzeitlich wechseln. Die Arbeitskreise dienen damit vor allem der Mei-

nungsbildung, und der Möglichkeit, mit einem kleineren Kreis an Personen über die anstehenden Themen zu diskutieren. Ich habe betont, dass ich die Präsidentin aller Synodalen sein will, und um dies umzusetzen, besuche ich derzeit alle Synodalen in ihren Teilwahlkreisen vor Ort und nehme mir Zeit für Gespräche und zum Kennenlernen der Regionen.

**Das Spannungsfeld zwischen konservativer und progressiver Orientierung war in unserer Landeskirche zumindest früher deutlich spürbar – heute ist das vielleicht nicht mehr so ausgeprägt. Wie gehen**

**Sie als überparteiliche Präsidentin mit dieser historischen Spannung um? Sehen Sie das Risiko einer Spaltung, oder meinen Sie, dass es bei den anstehenden Reformdebatten vielmehr wieder ein neues Miteinander geben wird?**

Wie ich gerade schon ausgeführt habe, geht es darum, miteinander im Gespräch zu sein, die unterschiedlichen Perspektiven und Interessen wahrzunehmen und sich um einen gemeinsamen Weg zu bemühen. Dabei sehe ich sehr verschiedene Spannungsfelder, wie das zwischen Stadt und Land oder zwischen evangelischem Kernland und Diaspora, um nur zwei Beispiele zu nennen. Über solche regionalen oder in Traditionen begründeten Unterschiede hinweg neh-

me ich aber vor allem eine ermutigende Aufbruchsstimmung in der neugewählten Landessynode wahr, den Willen, gemeinsam tragfähige Lösungen für die Zukunft unserer Kirche zu finden.

**Zur Frauenquote und Gleichberechtigung: Die Landessynode hat eine flexible Frauenquote von 40 bis 60 Prozent in Führungspositionen beschlossen, an deren Umsetzung Sie nun „dranbleiben“ wollen. Welche Hebel wollen Sie in der Synode ansetzen, damit diese Quote in der kirchlichen Praxis ankommt?**

Die Synode hat hierzu einen klaren Beschluss gefasst; dessen Umsetzung ist nach der Aufgabenverteilung unserer Verfassung Sache des Landeskirchenrats. Hier gilt es aufmerksam zu verfolgen, ob und wie der Beschluss umgesetzt wird, und dazu sind schon einige Maßnahmen ergriffen worden. Nicht nur die Kirchenleitung, auch auf der mittleren Ebene muss zu dem Thema fortgebildet und der Blick geweitet werden. Und auch die Personen, die zukünftig gerne Führungsaufgaben übernehmen wollen, benötigen eine Schulung. Soweit ich als Vorsitzende des Berufungsausschusses in Bezug auf die kirchlichen Spitzenämter Mitverantwortung trage, werde ich hier meinen Teil tun.

**Die Trias „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ steht für die Idee, wie Kirche gestaltend in die Gesellschaft und die politische Welt hineinwirken soll. Kritiker fordern angesichts schwindender Ressourcen oft eine Konzentration auf das rein Geistli-**

**che. Wie sehen Sie das? Und: Wie wird, wie will die neue Landessynode an diesen weltweiten Themen dranbleiben und der Stimme der Kirche in Politik und Gesellschaft Gehör verschaffen?**

Ich glaube nicht, dass diese gesellschaftspolitischen Themen, die Sie benennen, vom kirchlichen Auftrag getrennt werden können, geschweige denn müssen. In welcher Form die Kirche sich hier einbringt, wird je nach Thema neu zu justieren sein. Mir ist es wichtig, noch einmal zu betonen, dass dies nicht losgelöst von theologischen Begründungen erfolgt. Um ein Beispiel zu nennen: Die Kirchenleitung hat gemeinsam mit dem Diakonischen Rat sehr deutlich gemacht, dass das biblische Menschenbild alle Positionen ausschließt, die Menschen ihrer Würde berauben, und dass Personen, die diese Würde für bestimmte Menschengruppen verneinen, auf keiner Ebene Platz in Leitungsorganen der evangelischen Kirche haben. Das läuft für mich als Juristin auf den Schutz der Menschenrechte, unseres Grundgesetzes und damit auch der freiheitlich-demokratischen Grundordnung hinaus. Damit muss sich die Kirche auch der Frage stellen, in welcher Form sie sich einsetzt, um diese in Deutschland zu erhalten. Nach 1945 musste sich die evangelische Kirche – nicht nur – in Bayern vorhalten lassen, nicht deutlich genug aufgetreten zu sein. Ich möchte nicht, dass sich diese Situation wiederholt.

*Die Fragen stellte Lutz Taubert*

# Wie viele Prozesse denn noch?

Die Kirchenbasis wird nicht genügend einbezogen / Von Johannes Herold

Wenn man in Bayern über Prozesse der Landeskirche redet, dann hört man oft das Kürzel „PuK“ – Profil und Konzentration. Dieser Prozess hat tatsächlich die ganze Landeskirche auf allen Ebenen bewegt, wurde in Kirchenvorständen diskutiert und auch ausgewertet.

Nun ist dieser Prozess allerdings schon vor sechs Jahren abgeschlossen worden – und bei Weitem nicht der letzte Prozess, der in der bayerischen Landeskirche gerade vorangetrieben wird. Aktuell beschäftigen sich viele Hauptamtliche mit folgenden Themen:

- Den Fusionen und Reduktion von Kirchenkreisen und Dekanaten um 30 Prozent;
- der Zusammenlegung der Verwaltungstellen auf künftig acht Einrichtungen für ganz Bayern;
- der Umstellung der kirchlichen Verwaltung von der relativ einfachen Buchführung der Kameralistik auf die in der Privatwirtschaft verbreitete Doppik. Hier werden nicht nur Ein- und Ausgaben erfasst, sondern sämtliche Vermögenswerte bilanziert.
- Der Bildung von Regionalgemeinden;
- dem Abbau von Immobilienbesitz, speziell Pfarrhäusern, Gemeindehäusern und Kirchen, um den Bedarf an eine kleiner gewordene Kirche anzupassen;
- Der Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zur Abmilderung der Klimakatastrophe.
- Der Anpassung der Aufgaben für die hauptamtlich Beschäftigten aller kirchlichen Berufsgruppen in unserer Kirche in

Anbetracht sinkender finanzieller Mittel, sinkender Mitgliedszahlen und neuer Herausforderungen durch das Arbeitsrecht, das z. B. eine 42-Stunden-Woche für Pfarrpersonen vorsieht.

- Einer neuen Bestimmung des Verhältnisses der kirchlichen Berufe untereinander sowie einer neuen Aufgabenmatrix für Pfarrpersonen und auch Dekan:innen.

Allein der Blick auf diese lange Liste zeigt, vor welchen Herausforderungen die Hauptamtlichen aktuell stehen. Welche Gremien gebildet werden, wie viel Zeit in Sitzungen verbracht wird und, nicht zuletzt: wie viel Chaos durch all diese Prozesse gestiftet wird, das lässt sich nur erahnen.

Nun ist nicht jeder dieser Prozesse unnötig: Die Kirche muss sich ändern, wenn sie bestehen will. Die Frage ist allerdings doch, ob wir uns noch in einem geordneten Prozess finden, oder nicht eher von einer Prozesslawine fortgespült werden. Gerade der Vergleich mit PuK zeigt: Die Landeskirche handelt längst völlig losgelöst von der Kirchenbasis, die von all den Prozessen kaum etwas mitbekommt, geschweige denn eingebunden wäre.

Dabei sollte doch eigentlich die Gemeinde die Keimzelle der Kirche sein, die Gemeindeglieder mit ihren Ideen mündig in die Zukunftspläne der Kirche mitbestimmen – so jedenfalls das Verständnis des AEE von Kirche als dem Zusammenwirken von Haupt- und Ehrenamtlichen.

## Fünf Euro Eintritt

Und die Gnade Gottes umsonst? / Von Hans-Gerhard Koch

Der Theologe Manfred Josuttis hat vor 40 Jahren gespottet: „Das Geld hat seinen Ursprung bei den Altären und kehrt immer wieder gern dahin zurück“. An diesen Satz musste ich denken, als ich vor zwei Wochen einem Gast die Nürnberger Sebalduskirche zeigen wollte. Ging nämlich nicht. Zwei Tickets für zusammen 10 Euro wären fällig gewesen, ohne die wären wir nicht reingekommen. Wir waren uns schnell einig: Das machen wir nicht, das passt nicht zu uns.

Zu mir nicht, der ich schon etliche Male in dieser Kirche Gottesdienst gehalten habe. Zu meinem jungen Freund nicht, der aus Thüringen stammt und noch nie Tickets für eine Kirche lösen musste.

Warum passt es nicht, wo doch der Erhalt einer solchen großen Kirche jede Menge Geld verschlingt, das die immer kleiner werdende Innenstadtgemeinde unmöglich aufbringen kann? Geld, das eben nicht mehr ganz so gern an die Altäre zurückkehrt?

Ich glaube, es geht eben nicht nur um ein paar Tickets oder um die Sebald-Card, mit der ich für 15 Euro das ganze Jahr wieder nach St. Sebald hinein darf.

Es geht darum, ob dieser Besuch noch derselbe ist, wenn mich am Eingang nicht mehr freundliche Ehrenamtliche der Gemeinde empfangen, sondern ein Security-Dienst, der kontrolliert, ob ich gezahlt habe.

Mag sein, dass das den Hunderttausenden Touristen, die die Kirche jedes Jahr

besichtigen, gar nicht auffällt. Man muss schließlich immer mal wieder Eintritt zahlen, wenn man was Besonderes sehen will. Im Kino, in der Dinosaurier-Schau oder im Riesenrad auf der Kirmes. Aber ist die Sebalduskirche dann auch nur eine von vielen „Attraktionen“? Und hat das Geld dann endgültig die Herrschaft über die Altäre übernommen?

Der marxistische Philosoph Walter Benjamin hat schon vor 100 Jahren vermutet, dass die Religion des Geldes die traditionellen Konfessionen ablösen werde. Geld könne schließlich alles, was man früher Gott zugeschrieben hat. Allmächtig sei es, allwissend, allgegenwärtig. Und für Geld könne man alles kaufen.

Ich denke daran, dass Jesus einen Wutanfall bekam, als er am Eingang zum Tempel erst mal Händler und Geldwechsler antraf. Es hatte einfach nicht gepasst. Obwohl es sich gerechnet hatte, und obwohl die Hohenpriester die besten Absichten hatten.

Ich bin dann mit meinem Gast in die benachbarte Lorenzkirche gegangen und habe gern einen kleinen Schein in die Spendenbox gesteckt. Deren Kirchenvorstand hat nämlich beschlossen, nach wie vor keinen Eintritt zu erheben. Es passe einfach nicht. Man würde weiterhin erst nach dem Kirchenbesuch freundlich fragen, ob man sich beteiligen wolle. Denn die Gnade Gottes sei umsonst, sogar für Touristen.

Für Demokratie, Menschenwürde und gesellschaftlichen Zusammenhalt

## Teil der Lösung sein

**Pfarrer Martin Kleineidam ruft dazu auf, die Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen und gesellschaftliche Gräben zu überwinden.**

*Bei einer Kundgebung anlässlich des 77. Jahrestags des Grundgesetzes in Heidenheim / Württemberg warnt unser AEE-Mitglied Pfarrer Martin Kleineidam vor wachsenden Gräben in der Gesellschaft und vor Angriffen auf die Demokratie von außen und innen. Und er wirbt für Zuversicht: Das Grundgesetz sei stark – wenn die Menschen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Teil der Lösung zu sein. Im Folgenden der Text seiner Rede:*

Liebe Freundinnen und Freunde des Grundgesetzes (GG),

Teil der Lösung zu sein, ist ein erstrebenswertes Ziel. In der Nacht vom 22. auf den 23. Mai sah man auf dem Heidenheimer Schloss Hellenstein eine Lichtinstallation. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ hatte der Künstler Jan Schulz von Whild Stage auf den Runden Turm projiziert. Das Kulturreferat der Stadt hatte das Kunstwerk in Auftrag geben – angeregt durch den Bundespräsidenten. Das ist insbesondere deshalb erwähnenswert, weil das GG eigentlich als ein Abwehrrecht des Einzelnen gegenüber dem Staat zu verstehen ist, dessen höchster Repräsentant der Bundespräsident ist. Wenn nun Frank-Walter Steinmeier dazu einlädt, das GG zu gedenken, müsste das Ohnmachtsgefühl gegenüber den staatlichen Institutionen eigentlich schrumpfen.

Dennoch fühlen sich viele gegenüber dem Staat ohnmächtig und wütend. Denn **Gräben** durchziehen unser Land. Da sind die *äußeren* Bedrohungen. Die

Demokratiemrise unserer englischsprachigen Nachbarn wie Großbritannien und den USA lässt viele von uns befürchten, dass auch unser Land von dem antidemokratischen Virus befallen werden könnte.

Insbesondere machen uns aber *innere* Bedrohungen zu schaffen:

- Da gibt es den Spalt zwischen Arm und Reich. 21,2% sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.

- Da gibt es nach wie vor den Klimawandel. Er spaltet beispielsweise zwischen E-Autofahrern und Dieselanhängern.

- Ein Graben öffnet sich zwischen Jung und Alt (Rentenlast, fehlender Wohnraum, Wahldominanz...)

- Und dann ist da noch ein Graben, der den Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung berührt: Er verbreitert sich zwischen Ost- und Westdeutschland und zwischen Männern und Frauen.

Diese Gräben drohen unsere Gesellschaft zu spalten. Mithin steht unser GG vor einer Zerreißprobe.

**Die Tunnelgräber** östlich und westlich der EU testen unsere Schwachstellen aus. Sie versuchen über Internet, mit hybrider Kriegsführung, mit Grenzüberschreitungen und Beeinflussung von Wahlen unsere Demokratie zu untergraben.

Aber auch im Inneren gibt es Parteien, die versuchen, die Demokratie zu unterhöhlen. Vom Landesamt für Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt wird der Landesverband der AfD seit 2023 als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft. 41 Prozent sagt man der rechtsextremen Partei bei der Wahl am 6. September voraus.

Das Programm dieser Partei will Frauenförderung einstellen.

Das Programm dieser Partei will Gender-Studien abschaffen.

Das Programm dieser Partei erklärt die Kirchen zu Feinden.

Wissen da unsere muslimischen Deutschen, was es bedeutet, wenn neben den Geisteswissenschaften an den Universitäten plötzlich ein „Landesinstitut für kritische Islamforschung“ entsteht?

Wissen da unsere Russisch sprechenden Deutschen, was es bedeutet, wenn es plötzlich Kindertagesstätten gibt, die den Namen tragen „Für das deutsche Kind“?

**Die Ewigkeitsklausel** §79 Abs. 3 GG ist dem gegenüber von bleibender Bedeutung.

1. Hier ist festgeschrieben, dass Deutschland föderal strukturiert bleibt. Wenn nun ein Bundesland gegen die Verfassung arbeiten sollte, sieht das GG im äußersten Fall den sogenannten Bundeszwang vor.

Bundesmittel könnten für das Land gesperrt, der Landesregierung bestimmte Kompetenzen (z. B. der Religionspolitik) entzogen oder sie sogar des Amtes entzogen werden.

2. Mit der Ewigkeitsklausel werden außerdem die Menschenwürde und die unveräußerlichen Menschenrechte (Art. 1 GG) sowie das Bundesstaats-, das Sozialstaats- und das Demokratieprinzip (Art. 20) auf ewig festgeschrieben.

Wir sind also weit davon entfernt, dass sich eine demokratiegefährdende Situation wie in den USA ergeben könnte.

Tunnelgräber und Maulwürfe haben es aber nur dann leicht, ein Land zu unterhöhlen, wenn Wurzeln und Wachstum auf dem Boden des Grundgesetzes fehlen. Es heißt daher, Gräben zuschütten, säen, wässern und düngen.

Wir selbst müssen als starkes Wurzelgeflecht Teil der Lösung sein:

**Wir sind Teil der Lösung**, wenn Arm und Reich miteinander an einem Tisch sitzen, um z. B. die Finanztransaktionssteuer endlich auf den Weg zu bringen.

**Wir sind Teil der Lösung**, wenn Alt und Jung die Generationenprobleme gemeinsam lösen.

**Wir sind Teil der Lösung**, wenn wir gemeinsam den Klimawandel und seine Folgen abwenden.

**Wir sind Teil der Lösung**, wenn Männer und Frauen Hemmnisse hin zu einer Gleichheit abbauen.

**Wir sind Teil der Lösung**, wenn wir Ostdeutschland nicht ständig als Problem betrachten, sondern als Teil der Lösung einer versöhnten Einheit mit unterschied-



licher Geschichte und verschiedenen Be-  
gabungen.

Wir sind Teil der Lösung, wenn wir aggres-  
sive Länder darauf hinweisen, die eige-  
nen Probleme, die mit den unseren ver-  
gleichbar sind, zu lösen.

Mit uns kann etwas auf dem Boden

des Grundgesetzes wachsen, so dass es  
Maulwürfen und Tunnelgräbern schwer-  
fallen wird, Boden gutzumachen.  
Lasst uns Teil der Lösung sein!

*Martin Kleineidam*

Katholikentag 2026

# Nicht unpolitisch – und das ist gut so

Kommentar von Hans-Gerhard Koch

Ich war bei meinem Besuch in Würzburg angenehm überrascht: Der Katholikentag 2026 in Würzburg atmete Mut und Zuversicht, und unpolitisch war er nicht. Schon deshalb, weil die gesamte politische Prominenz aufmarschiert war. „Hab Mut, steh auf“ hieß das Motto, und das hätte auch ein evangelisches Kirchentagsmotto sein können. Irgendwann muss ja die Selbstbespiegelung aufhören, was nicht heißt, das der angefangene Weg der Missbrauchsbekämpfung zu Ende ist.

Das durchaus eindrucksvolle Bekenntnis der katholischen Bischofskonferenz zur Demokratie und gegen völkischen Nationalismus setzte sich auf dem Katholikentag fort.

Ich zitiere *Vatican News*: „Demokratie in der Kirche – damit ist es aus Sicht vieler Gläubiger nicht immer weit her. Und trotzdem findet diese Kombination gerade einen prominenten Platz im Herzen des Katholikentags in Würzburg. Dafür wurde die Marienkapelle am Unteren Markt extra umgebaut – in eine „Demokratiekirche“. Wo sonst gebetet und gesungen wird, finden nun täglich mehrere Gesprächsrunden gleichzeitig statt. Die Teilnehmer diskutieren Fragen wie: „War Jesus Klima-Aktivist?“, aber auch: „Wie umgehen mit extremen Parteien?“ Da war es manchem Unionspolitiker durchaus unwohl: „Kirche ist keine NGO“, hatte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) kurz zuvor zu Bedenken

gegeben. Nicht zum ersten Mal zeigt sich: Gerade die C-Parteien sind sich mit den Kirchen nicht immer einig, wie viel politische Einmischung gut ist. Es sei denn, die Kirche vertritt ihre Meinung.

Die Diskussion wird weitergehen. Meint der Soziologe Hartmut Rosa: Demokratie braucht Religion! Meint der Journalist und Theologe Arnd Henze: Lieber nicht. Sonst kommen zu den politischen Konflikten noch die religiösen dazu.

Der AEE tritt seit seiner Gründung 1968 leidenschaftlich für Demokratie ein – in der Kirche, aber auch sonst. Wir tun das aus theologischen Gründen, nicht, um einem Zeitgeist zu folgen. Der ist derzeit ohnehin woanders unterwegs. Wir meinen: Die Menschenrechte sind unteilbar, sind in Gottes Menschenliebe begründet. Das gilt freilich auch und gerade in den Kirchen.

An dieser Stelle haben unsere katholischen Glaubensbrüder (die Schwestern werden nicht gefragt) noch Nachholbedarf. Nicht nur, dass der Vatikan rein juristisch gesehen immer noch die älteste bestehende Diktatur Europas ist – alles bestimmt letztlich ein älterer weißer Mann. Auch dass die weibliche und größere Hälfte der Katholiken immer noch von allen Weiheämtern ausgeschlossen ist, ist eher weniger demokratisch. Da können wir unserer großen Schwesterorganisation „Wir sind Kirche“ nur einen langen Atem wünschen.

# Gewissen gefragt

## Warum die Kirche ihre Beratung zu Wehrdienst und Kriegsdienstverweigerung wieder ausbaut / Von Martin Tontsch

*Seit der Bundestag über den Neuen Wehrdienst beschlossen hat, müssen sich Männer ab Jahrgang 2008 von der Bundeswehr „erfassen“ lassen und werden per Fragebogen gefragt, ob sie bereit sind, Dienst mit der Waffe zu leisten. Noch ist das freiwillig, ebenso wie für Frauen. Das Gesetz sieht aber die Wiedereinführung der nur ausgesetzten Wehrpflicht vor, sollten sich nicht genug Bewerberinnen und Bewerber melden, oder sollten zu viele Geeignete den Kriegsdienst verweigern. Da kommt auf die Kirche Arbeit zu. Martin Tontsch, Pfarrer in der Arbeitsstelle kokon (Konstruktive Konfliktbearbeitung) blickt voraus.*

Die Beratung von Kriegsdienstverweigerern war und ist eine Kernaufgabe der Kirche. Viele Mitglieder des AEE haben sich über Jahrzehnte in der Beratung engagiert, die EAK – Evangelische Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden – war eine feste Größe im kirchlichen Leben. Das änderte sich nach 1990, spätestens 2011 mit der Aussetzung der Wehrpflicht. KDV-Beratung war danach ein Randthema. Das hat sich gründlich geändert: Seit 2022 sind die Beratungsanfragen in die Höhe geschossen und nähern sich dem Zwanzigfachen der Zeit davor!

Es sind vor allem drei Gruppen, die über [www.eak-online.de](http://www.eak-online.de) eine Anfrage senden, die dann an die Landeskirchen weiter-

geleitet wird: Angehörige der Reserve, Ungediente ohne Kontakt zur Bundeswehr und – nicht selten – deren Eltern. Bei Letzteren betonen wir die Eigenverantwortlichkeit ihrer Kinder, v. a. der Söhne, ohne deshalb die Herausforderung seelsorgerlicher und beraterischer Begleitung außer Acht zu lassen.

Zwei Formen des kirchlichen Engagements gibt es in der ELKB momentan:

Einerseits die „klassische“ KDV-Beratung: Sie unterstützt dabei, das Grundrecht aus Art. 4 Abs. 3 GG wahrzunehmen: „Niemand kann gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe verpflichtet werden.“ Die Bindung an das Gewissen konkretisiert das Kriegsdienstverweigerungsgesetz damit, dass es „eine persönliche ausführliche Darstellung der Beweggründe für die Gewissensentscheidung“ fordert. In der Beratung geht es i. W. darum zu klären, ob die Gründe gegen den Wehrdienst wirklich Gewissensgründe sind. Der langjährige KDV-Berater H. G. Koch bringt es auf den Punkt: „Du musst, wenn du kannst!“

Zusätzlich zu diesem konkreten Beratungsangebot, an das sich vor allem diejenigen wenden, die nicht zur Bundeswehr möchten, gibt es Angebote zur Gewissensbildung beim Thema „Wehrdienst“. Unter dem Motto „Kirche an deiner Seite – du entscheidest, wir begleiten“ hat die ELKB Anfang dieses Jahres eine Kampagne gestartet mit dem Angebot von Beratungs-



Alexander Fox | PlaNet Fox auf Pixabay

gesprächen und Bildungsveranstaltungen. Dabei geht es grundlegender um die Frage: Wie kann ich mich in einer unsicheren Welt für Frieden einsetzen? In einer Situation von Freiwilligkeit – die Wehrpflicht bleibt ja in ihrem Kern ausgesetzt – geht es darum, ein Gefühl der Wirksamkeit zu vermitteln: Meine Entscheidung macht einen Unterschied!

Nicht selten geht es in diesen Gesprächen um die sehr grundsätzliche Frage: „Gibt es in Deutschland eigentlich etwas zu verteidigen?“ Es ist wichtig, Raum für Kritik zu bieten und zugleich die Frage präsent zu halten, was davon in einem autoritären Staat besser wäre. Die vier Dimensionen des gerechten Friedens aus den Friedenstexten der EKD bieten hierfür einen guten Rahmen: Schutz vor Gewalt, Förderung von Freiheit, Abbau von Ungleichheiten und ein friedensförderlicher Umgang mit Pluralität. Anregungen dafür bietet die Arbeitshilfe

der Evangelischen Jugend Bayern mit spannenden Methoden wie einem „englischen Parlament“ und der theaterpädagogischen Übung „Mein innerer Gerichtshof“ (nach Immanuel Kants Definition des Gewissens), abrufbar unter [www.ejb.de/wehrdienstfreiwilligendienst](http://www.ejb.de/wehrdienstfreiwilligendienst).

Im 70. Jahr des Bestehens der EAK – sie wurde 1956 gegründet, – wird das Recht auf KDV in tragischer Weise erneut aktuell. Auch wenn die Wehrpflicht im Moment ausgesetzt ist, gilt es wachsam zu sein, dass dieses Grundrecht auch nicht im Spannungs- oder Verteidigungsfall infrage gestellt wird. Auf diesbezügliche Tendenzen in der Rechtsprechung hat Prof. Dr. Kathrin Groh, Juristin an der Bundeswehruniversität München, hingewiesen und sich nachdrücklich dagegen eingesetzt. Die EAK hat sie deshalb als Hauptrednerin für ein Podium am 23. September um 19 Uhr eingeladen, das auf YouTube übertragen wird (Weitere Informationen im Herbst auf [www.arbeitsstelle-kokon.de](http://www.arbeitsstelle-kokon.de)).

# Warum sterben für das Recht auf ein besseres Leben?

*Die Wehrpflicht kehrt zurück – und mit ihr die alten Versprechen von Freiheit und Vaterlandsliebe. Aber wer zieht am Ende tatsächlich den Helm auf? Eine 18-jährige Pfarrerstochter rechnet in ihrem Gastbeitrag mit der neuen Militärpolitik ab.*

Am 1. Juli 2011 wurde die allgemeine Wehrpflicht zunächst ausgesetzt, nun wird sie wieder eingesetzt. Für viele der betroffenen Menschen, geboren in oder nach dem Jahr 2008, stellt sich die Frage nach Wehrdienstverweigerung.

Umfragen unter den betroffenen Altersgruppen zeigen eine große Unzufriedenheit mit dieser Politik; kaum ein junger Mensch ist bereit, den Wehrdienst freiwillig anzutreten. Dennoch lautet der medial repräsentierte Konsens, es sei richtig, den Wehrdienst zu absolvieren. Für die gewährte Sicherheit und Freiheit Deutschlands und damit auch des einzelnen Bürgers, so liberale wie konservative Stimmen.

Doch darin liegt ein Trugschluss. Die Interessen des Nationalstaats Deutschland entsprechen keineswegs denen der Bürger\*innen. Ein Nationalstaat strebt nach der Verteidigung der eigenen Wirtschaftskraft, dem Kapitalerhalt und dem Erhalt wirtschaftlicher wie politischer Bündnisse. Eben nach diesen Maximen wird auch Außen- und Kriegspolitik geführt. Die Einzelperson innerhalb eines solchen Nationalstaats hingegen bleibt von Veränderungen innerhalb dieser Maßstäbe mehr oder weniger verschont. Für die Einzel-

person, so möchte man argumentieren, erhöhen sich durch eine angespannte Wirtschaftslage oder nationale Sicherheitsmängel die Lebenshaltungskosten. Das mag stimmen, doch auch ohne aktiven Kriegsfall und wachsende Wirtschaft können Kosten steigen und die allgemeine Lebensqualität sinken.

Eben das dürfen wir ja derzeit beobachten. Läge dem Sozialstaat tatsächlich etwas am Komfort und der Lebensqualität der Arbeiter\*innen, fände er Möglichkeiten, diese — trotz Kriegsfall oder Rezession — zu garantieren; beispielsweise durch den Verantwortungsverweis der Preissteigerungen an die Unternehmen statt an die Bürger\*innen. Aus solchen Erkenntnissen heraus verweigern viele junge Menschen den Wehrdienst. Ganz nach dem Motto „Warum soll ich einen Staat verteidigen, der mich nicht verteidigt?“. Unterstützer der Wehrpflicht antworten auf diese Einstellung gerne mit dem Argument, man solle sich dem Nationalstaat unterordnen und den Wehrdienst antreten, um die im Land bestehende Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen. Auf diese Moralapostelei ist kaum ernsthaft einzugehen; die einzige Antwort auf so eine Forde-

rung lautet polemisch ausgedrückt: „Warum soll ich für das Recht auf ein besseres Leben sterben?“

Das Recht auf ein freies Leben in Demokratie nützt den Betroffenen ehrlicherweise herzlich wenig, wenn sie für dieses Recht ihr Leben lassen.

Kurzum, das Dilemma lautet: Ist es die nationale Freiheit wert, die eigene zu opfern?

Während man diese Frage aus verschiedenen Blickwinkeln verschieden und mit je verschiedenen Schlüssen angehen mag, muss noch ein weiterer Punkt in Betracht gezogen werden: Das sind die Methoden, mit denen junge Menschen zum Wehrdienst gebracht werden sollen.

Die Unterstützung beim Führerschein, die Chance auf ein kostengünstiges Studium, der Wehrsold, der sich bei Berufseinsteiger bereits bei ca. 2600 Euro Netto pro Monat befindet, all diese Ansätze sollen eine gewisse Alterskohorte ansprechen, nämlich junge Menschen aus ärmeren Milieus. Ein Mensch aus einer gut verdienenden Schicht ist nicht auf den kostenlosen Führerschein, nicht auf den Lohn und nicht auf das günstige Studium angewiesen. Diese Methodik bringt Menschen aus ärmeren Verhältnissen in



©JaQue BuBu\_pixelio.de

den Kriegsdienst. Und das ist repräsentativ für ein gesamtgesellschaftliches Problem, das da lautet: „Nach uns die Sintflut, doch die Arche hat keinen Platz für Arbeiter.“

Der Wehrdienst, der arme Menschen aus proletarischen Verhältnissen gefährdet um der nationalen Sicherheit willen, lässt die Betroffenen selbst gänzlich außer Acht. Wehrdienst heißt, die Arbeitskraft und im Notfall das Leben der Arbeiter für das Nationalstaatsinteresse opfern; und dieses Interesse lautet Kapital, Wirtschaftswachstum, BIP.

*Yona Herold*

*Eine Anmerkung der Redaktion: Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit sind ein hohes Gut, dem wir uns uneingeschränkt verpflichtet fühlen. Das bedeutet zugleich, dass nicht alle Beiträge in b+k unsere Zustimmung finden oder AEE-Positionen wiedergeben. Das versteht sich eigentlich von selbst, aber im Fall des Textes von Yona Herold wollen wir es noch einmal unterstreichen.*

# Ein starkes Kreuz für die Demokratie

## Wie stark war es?

Ein Bericht aus dem *Gesprächskreis Demokratie des AEE* von HG Koch

Der *Gesprächspreis Demokratie des aee* hat noch einmal Martin Becher, Leiter der *Fachstelle Demokratie* der Landeskirche, eingeladen. Wir wollten wissen und diskutieren, was denn aus der Aktion unserer Kirche anlässlich der Kommunalwahlen geworden ist.

Um es kurz zu sagen: weniger als erwartet. Das hatte verschiedene Gründe: Einerseits gab es gar nicht so viele Kandidierende, die sich offen zur AfD bekannten. Gott sei Dank ist sie noch nicht wirklich in den Städten und Dörfern in Bayern angekommen. Der Beschluss, dass sich die tatsächlich Gewählten zwischen einem Amt in der ELKB und der AfD entscheiden müssten, hatte nur in einem einzigen Fall eines stellvertretenden Mesners Konsequenzen. Insgesamt gab es in Bayern offenbar gar nicht so viele evangelische AfD-Kandidierende. Belastbare Zahlen liegen jedenfalls nicht vor.

Und Kampagnen „top down“ von der Kirchenleitung über die Dekanate, die Evangelische Jugend und andere selbstständige Arbeitsbereiche waren noch nie einfach. Da herrscht schon immer „evangelische Freiheit“. Deshalb kam die Kampagne auch nicht überall an.

Trotzdem sieht Martin Becher die Aktion als Erfolg. Manche Formate wie die Foto-Aktion der Unterstützer der Kampagne waren gefragt. Seelsorge für Kandidierende gab es in mehreren Fällen. Die Banner

zum Aushang an Kirchen und Gemeindehäusern waren bald ausverkauft.

Die Homepage bleibt, die Aktionsvorschläge zur Demokratie auch. Eine neue Kampagne der Diakonie mit der Referentin Leonie Krüger wird folgen.

Die Fragen der Gesprächsteilnehmer waren u. a.:

- Machen wir etwas falsch?
- Wie können wir die Leute „auf dem Sofa“ erreichen?
- Wo sind rote Linien – wie erreichen wir Leute, die noch nicht ganz abgehängt sind?
- Sollten wir nicht überhaupt mehr „für“ als „gegen“ argumentieren, mehr Fragen stellen als Statements abgeben?
- Und: Was wird in Sachsen-Anhalt tatsächlich passieren? Droht ein neuer „Kirchenkampf“?

Am 21. September werden wir uns mit Martin Becher noch einmal zu einem Abendessen treffen. Wir werden (siehe S. 34) auch den stellvertretenden Superintendenten (Dekan) Flämig aus Sonneberg einladen. In seinem Dekanat amtiert seit fast drei Jahren der erste AfD-Landrat Sesselmann.

2027 wollen wir unseren Blick auf unsere Kirche selbst richten. Bleiben die innerkirchliche Demokratie und die Kompetenz der Ehrenamtlichen auf der Strecke? Sie finden Termine in der nächsten Nummer von b+k.

## Angst raubt uns die Energie

**Regionalbischöfin Bettina Schlauraff über die AfD in Sachsen-Anhalt, den Umgang mit Rechtsextremismus und warum die Kirche sichtbar bleiben muss**

*Bettina Schlauraff ist in Potsdam-Babelsberg aufgewachsen und war jahrelang Pfarrein in Südthüringen. Aktuell ist sie Regionalbischöfin in der Mitteldeutschen Landeskirche. Vor Kurzem hat sie das Buch „Kirche gegen den Hass: Mit dem alltäglichen Rechtsextremismus umgehen“ herausgegeben.*



© Viktoria Kuehne // Bettina Schlauraff

Ausbeutung der Erde als Störfaktor für ihre Politik. Sie sieht im Engagement der Kirche eine falsche Auslegung der Bibel. Sie macht deutlich, dass die Kirche in Mitteldeutschland mit schweren finanziellen und strukturellen Einschnitten rechnen muss, wenn die AfD die Regierungsmehrheit bekommen würde.

**Frau Schlauraff, Sie sind Regionalbischöfin im Sprengel Magdeburg. Die bevorstehende Landtagswahl in Sachsen-Anhalt betrifft unter anderem auch Ihre Kirche. Wird Ihnen Angst, wenn Sie die Umfragen lesen, die die AfD bei 40 Prozent und mehr sehen?**

Ja und nein. Das sog. „Regierungsprogramm“ der AfD hat die Kirche als einen ihrer Hauptfeinde markiert. Obwohl sie sich gleichzeitig auf die christlichen Grundlagen und die christliche Kultur bezieht, sieht die als gesichert rechtsextremistisch und verfassungsfeindlich eingeschätzte Partei die Kirche in ihrem Engagement für Respekt statt Diskriminierung, für Gerechtigkeit statt Ausgrenzung, für Bewahrung der Schöpfung statt

Das ist hoch besorgniserregend und wir als Kirche überlegen unaufgeregt, was das rechtlich und finanziell bedeuten könnte und sorgen vor. Aber Angst machen möchte ich mir von diesen Prognosen (!) nicht. Das raubt einem nur die Energie. Angst ist genau das Gefühl, mit dem diese Partei arbeitet. Als Christin bin ich ein Kind der Hoffnung von der Taufe her.

**Sie selbst sind in Brandenburg aufgewachsen und haben die Jahre nach 1990 bewusst dort erlebt. Haben Sie eine Erklärung dafür, dass sich viele Ostdeutsche bald 40 Jahre danach immer noch betrogen fühlen?**

Betrogen ist nicht das richtige Wort und eine „Wendeschädigung“ wäre auch nur

einer von sehr vielen Faktoren, warum Menschen politisch heimatlos geworden sind. Gerade jetzt, in einer Zeit, wo sich Krise an Krise kettelt und Menschen finanziell in Bedrängnis geraten, wird besonders deutlich, dass die wirtschaftlichen und strukturellen Voraussetzungen im Osten unseres gemeinsamen Deutschlands sehr anders sind als im Rest des Landes. Nur zwei Prozent der Erbschaftsteuer entstehen in Ostdeutschland. Es gibt wenig Rücklagen und aus vielen Gründen weniger Teilhabemöglichkeiten – aus vor allem sozialen und strukturellen Gründen. Dazu gibt es viele Erhebungen und Zahlen (unterschiedlich verteiltes Einkommen, Leitungsgüter, Besitz usw.) – Ostdeutschland ist merklich ärmer.

Die Frage des weltweit aufblühenden Rechtsextremismus / Autoritätsrucks hat sehr eindeutig etwas mit wirtschaftlichen Möglichkeiten zu tun, aber auch mit Ressourcenfragen und vor allem mit Macht. Vielleicht sollten wir viel stärker nach den sozialen Gründen fragen und sie angehen. Denn auch im Westen Deutschlands neigen die strukturschwachen, ärmeren Regionen zu einer viel höheren AfD-Wahlquote.

**Unsere evangelische Kirche wird von den Soziologen als mittelschichtorientiert beschrieben. Die AfD wird von vielen gewählt, die sich abgehängt fühlen, unter anderem von vielen jungen Menschen. Erreichen Sie solche Menschen als Kirche noch?**

Ich denke, dass wir als Kirchen mit schuldig daran werden, dass Menschen, die wenig zum Leben haben und sich einsam

und abgehängt fühlen, die benachteiligt sind und weniger Möglichkeiten haben, sich nicht gesehen fühlen. Wir haben in Deutschland ein zunehmendes Gefälle zwischen starken und schwachen Regionen sowie zwischen Stadt und Land. Zu den Regionen mit deutlich schlechteren Bedingungen gehört ganz Ostdeutschland. Aber auch hier (wie überall in der EKD) haben wir in den Städten eine starke Trennung der Milieus. Auch in den Kirchengemeinden. Ich kenne keine Gemeinde, in der Menschen aus prekären Lebensumfeldern und große Mengen Bürgergeldempfänger\*innen oder auf den Kirchenbänken sitzen. Die sehen viele Gemeinden als welche an, um die man sich kümmert, aber nicht als ihresgleichen. Auf dem Land ist das etwas anders. Aber die, die sich jetzt abgehängt fühlen, die kommen in einem völlig säkularisierten Umfeld kaum mit Kirche in Kontakt. Auf dem Land eher, durch gemeinsame Feste und die räumliche Nähe. Die öffentliche Wahrnehmung von Kirche ist dagegen immer noch hoch. Unsere Aktionen, Interviews in Regionalzeitungen und Aktivitäten auf Social Media können viele Menschen erreichen, gerade da, wo die Personen in der Region bekannt sind. Für den Sommer lassen wir in großer Menge Demokratiezeitungen drucken und in kirchliche und nichtkirchliche Haushalte verteilen.

**Sie gehen bewusst zu sogenannten Bürgerforen der AfD, auch wenn das eigentlich Wahlkampfveranstaltungen sind. Warum tun Sie sich das an?**

Aus verschiedenen Gründen. Ich will zu-

erst zuhören. Es ist ja nicht unerheblich, was die Menschen unserer Region dort für Fragen und Probleme vorbringen. Das sind ja ganz offensichtlich – neben nationalistischen Lieblingsfeldern – auch viele sehr zutreffend beschriebene Probleme, die wir als Gesellschaft gerade leider nicht lösen. Als Kirchenmenschen (z. B. sichtbar am Collarhemd) crashen wir dort diese AfD-Bubble, die sich auf diesen Veranstaltungen unter sich glaubt. Wir zeigen, wir haben keine Angst. Und schließlich wird sichtbar: Da klatschen welche nicht mit, sie jubeln nicht mit,



istockfoto

sie stimmen nicht zu, sie sind sichtbar anderer Meinung. Menschen, die dort als AfD-Interessierte hingehen, werden gesehen und können das nicht heimlich tun. Die AfD macht Dutzende sog. Bürgerdialoge in kleinen Orten, da kennt man sich. Manchmal entstehen auch Gespräche, aber umzustimmen ist da niemand, da melden wir uns meistens auch nicht zu Wort. Für mich heißt das: ihnen nicht das Feld zu überlassen in unserem Bundesland und Menschen aus den Gemeinden zu ermutigen, sich nicht einschüchtern zu lassen.

### **Der Worst Case: Was erwartet Ihre Kirche, wenn die AfD an die Regierung käme?**

Wir erwarten natürlich zunächst, dass die AfD sich an Recht und Ordnung hält. Falls sie rechtswidrig z. B. die Zahlung der Staatsleistungen einstellen würde, wird das in ein Klageverfahren führen. Die Kirche mit der Diakonie ist Trägerin von vielen Initiativen, Beratungsstellen, Integrationsarbeit, Krankenhäusern, Kindergärten, Schulen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Tafeln usw.

Die AfD findet, die Kirche betreibe dort

Indoktrinierung.

Eine AfD-Regierung könnte auf vielen legalen und illegalen Wegen in allen Bereichen die Arbeit behindern oder beenden, z. B. durch die Streichung oder Nichtzahlung von staatlichen Geldern

oder Fördermitteln, bzw. indirekt durch Verschleppung von Anträgen. Die ohnehin dünne finanzielle Decke der Kirchen (EKM, Anhalt und das Bistum Magdeburg) würde damit in kritische Bereiche kommen. Das trifft auch auf den Bereich Verkündigung zu und den Erhalt der 2500 evangelischen Kirchen in Sachsen-Anhalt. Insgesamt aber sind das alles Dienste am Gemeinwesen und Eingriffe darin würden große Einschnitte vor allem für die uns Schutzbefohlenen und begleiteten Menschen bringen. Es hilft nur nichts, sich in Vermutungen und Be-

fürchtungen zu stürzen. Wir werden mit der Situation umgehen, wenn sie da ist. Und wir schauen auch nicht nur auf uns, sondern vor allem auf all die gesellschaftlichen Gruppen, deren Rechte durch das sog. Regierungsprogramm bedroht sind. Jetzt ist eher dran, Menschen für die Demokratie zu mobilisieren, und das tun wir. Dieser aufrechte Gang ist für uns selbst und andere gesellschaftliche Gruppen gerade sehr wichtig.

**Und der Best Case: Wie könnte eine hoffnungsvolle Perspektive für die nächsten fünf Jahre aussehen?**

Die vielen Veranstaltungen und Gespräche in diesen Monaten haben manche Menschen in den Gemeinden mobilisiert, die bisher nicht so aktiv waren. Die akute Bedrohungslage macht manchen Menschen klar, was Kirche alles leistet und dass sie doch wichtig ist. Für mich persönlich brachten die letzten Monate noch einmal ein stärkeres Gefühl dafür, dass Kirche eine feste Burg ist und ein Schutz für Menschen guten Willens. Ich hoffe, dass diese Erfahrung uns stärkt – im Glauben und in unserem Miteinander. Es macht auch noch einmal auf eine sehr fokussierte Weise deutlich, dass der Glaube etwas mit der Welt zu tun haben muss und sich nicht heraushalten kann. Das kann uns Kraft geben für alle innerkirchlichen Veränderungsprozesse, in denen wir ja auch stecken. Und ich würde mir wünschen, dass wir noch viel stärker diakonische und aufsuchende Gemeinden werden für alle, die in unserer Gesellschaft außen vor sind.

**Wie könnte – in beiden Fällen – eine solidarische Unterstützung aus Bayern aussehen?**

Uns hilft aktuell, wenn alle, die bestehende Kontakte haben, Menschen oder Gemeinden in Sachsen-Anhalt bestärken. Wir haben hier so viel kluges, hoch engagiertes, gewaltlos kreatives, gut vernetztes gesellschaftliches Engagement für Demokratie. Erzählen Sie das weiter. Hier gibt es eine funktionierende gute demokratische Mitte. Menschen, die mit Kultur und Sport, mit Gemeinwesenarbeit, Ökologie, mit Friedengebeten und persönlichen Gesprächen für ein gutes Miteinander streiten. Treten Sie dem Narrativ des „Rechten Ostens“ entgegen! Unterstützen Sie, wenn Sie können, Gruppen wie „Miteinander e. V.“ in Sachsen-Anhalt, die tapfer und unbeirrt das Evangelium leben durch ihr eigenes Engagement. Und: Beten Sie für uns und die Menschen, die mutig sind und hoffnungsvoll bleiben, die sich nicht definieren lassen wollen von einer Atmosphäre



**Miteinander**

Netzwerk für Demokratie und  
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

des Untergangs und der Trennung, die sich mühen für ein Miteinander auch da, wo es schwierig wird. Und schließlich: Auch Ihr Umfeld könnte künftig be-

# Angriff auf die Freiheit

Die AfD Sachsen-Anhalt und ihre Pläne  
für Kunst, Kultur und Kirche / Von Elke Zimmermann

Die AfD Sachsen-Anhalt gibt sich siegesicher. Sie hat nicht wie üblich ein Wahl-, sondern gleich ein Regierungsprogramm vorgelegt. Und das hat es in sich. Der Schwerpunkt liegt auf dem Begriff „Remigration“, der ganze 17 Punkte umfasst und auch die Abschaffung des Rechts auf Asyl beinhaltet. Besonders das Kirchenasyl scheint der AfD ein Dorn im Auge zu sein. In den vergangenen Jahren hat es mehrere Fälle in Sachsen-Anhalt gegeben. Die AfD hält Kirchenasyl generell für gesetzeswidrig und fordert ein Ende dieser Praxis. Darüber hinaus werden den Verantwortlichen empfindliche Strafen in Aussicht gestellt:

*„Eine AfD-Landesregierung wird in jedem dieser Fälle prüfen lassen, ob das Vermitteln oder Gewähren des Kirchenasyls den Anfangsverdacht der Anstiftung oder Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt – nach § 95 Absatz 1 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz, § 26 f. Strafgesetzbuch – erfüllt. Wenn Abschiebefristen durch Kirchenasyl verstreichen, wird die Landesregierung prüfen, ob die verantwortlichen Kirchengemeinden für die daraus resultierenden*

*Folgekosten dauerhaft in die finanzielle Verantwortung genommen werden können.“*

Zwar bekennt sich die AfD zum christlichen Abendland, doch die Kirchen mag sie nicht. Deshalb sollen die Kirchen künftig ihre Steuergelder selbst einziehen – übrigens ein Service, der von den Kirchen gut bezahlt wird. Die Staatsleistungen sollen ersatzlos gestrichen werden. Dass das nicht so einfach werden dürfte, müsste den Planern schon klar sein. Denn für den Fall, dass es doch bei Zahlungen bleibt, werden die dann so aussehen:

*„Bei gleichbleibendem Gesamtvolumen sollen die Staatsleistungen allen christlichen Kirchen proportional zu ihrer Mitgliederzahl zugutekommen. Ihre Verwendung soll auf Kosten für geistliches Personal und den Erhalt der Gebäude beschränkt bleiben. Kirchen, die Staatsleistungen in Anspruch nehmen wollen, haben über die Verwendung der Mittel Rechenschaft abzulegen und ihren Gesamthaushalt offen zu legen.“*

Dennoch bekennt sich die AfD zum christlichen Glauben: *„Dass wir die Privilegien der Kirchensteuerkirchen abschaffen wollen, bedeutet nicht, dass wir den christlichen Glauben ablehnen – im Gegenteil. Erst wenn die Kirchen unabhängig von staatlichen Geldzahlungen sind, können sie ihre positive Wirkung entfalten.“*

troffen sein. Sorgen Sie vor und lassen Sie uns gemeinsam als Christinnen und Christen sichtbare und glaubhafte Kirche Christi in Deutschland sein.

*Die Fragen stellte HG Koch*

Die beiden großen Kirchen haben sich wohl viel Sympathie durch ihre strikte Anti-AfD-Haltung verspielt. Fördergelder für die Evangelische Akademie sollen gestrichen werden, weil deren Programm zu politisch und nicht patriotisch genug ist. Jetzt liegt die Hoffnung wohl auf den Freikirchen, die manchmal näher an den Gedankengängen dieser Partei sind.

Ein wichtiger Zweig der Kirchen sind die Sozialverbände Diakonie und Caritas, die sich als menschenfreundlich und weltoffen bezeichnen und in ihrer Arbeit nicht nach Glaube oder Herkunft urteilen. Hier müssen sich die Sozialarbeiter\*innen wohl auf Gewissens- und Gesinnungsprüfungen einstellen:

*„Auch werden wir Sozialarbeiter und Erzieher sowie deren Ausbilder im Rahmen ihrer Tätigkeit zu strikter politischer Neutralität verpflichtet. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen soll deren Schulung und Charakterbildung im Sinne einer selbstbestimmten Persönlichkeit dienen. In diesem Zusammenhang ist kein Platz für politische Einflussnahmen und Indoktrination.“*

Wie sieht strikte politische Neutralität aber aus AfD-Sicht aus? Im Fall von Kunst und Kultur liegt jedenfalls der Fokus auf DEUTSCH. Es wird beklagt, dass in ganz Sachsen-Anhalt weder Goethe, noch Schiller und auch nicht Botho Strauß in einem Theater gespielt wird. Das soll sich ändern. Für ausländische Werke soll es keine Förderung mehr geben, sondern nur noch für Kunst, *„die einen Beitrag zu deutscher Identitätsfindung leistet“*.

Nachdem die gesamte Antifa-Bewegung als Terrorgruppe eingestuft werden soll und viele Künstler\*innen zu deren Sympathisanten gehören, wird sich das sicher auf sehr viele der Kulturschaffenden auswirken. Auch hier gibt's Gesinnungskontrolle. Eine schreckliche Vorstellung! Aber laut Grundgesetz gibt es die Kunstfreiheit, und Kulturförderung darf sachliche Schwerpunkte setzen, aber keine Gesinnungsprüfung und keine Sanktion missliebiger Kunst einführen. Kunstfreiheit schützt gerade auch provozierende oder staatskritische Kunst. Dasselbe gilt für die Pressefreiheit.

Das AfD-Programm für Sachsen-Anhalt zu lesen, grenzt an Körperverletzung. Mögliche Folgen sind unkontrollierbares Kopfschütteln bis zu Brechreiz. Selbst wenn nicht alles umsetzbar sein wird, da sonst Bundesgesetz oder das Grundgesetz gebrochen würden – wenn erst mal das Klima entsprechend vergiftet und die Kontrollposten entsprechend besetzt sind, dann wird es im Falle eines Wahlsiegs dunkel in Sachsen-Anhalt.

# Waffen oder Wohnungen?

## Die Milliarden-Verschwendung für den teuren Unsinn /

Von Hermann Ruttmann

*Während in Deutschland Millionen bezahlbare und barrierefreie Wohnungen fehlen, fließen staatliche Milliarden in ein „Sondervermögen“ für Rüstungsgüter. Unser Gastautor Hermann Ruttmann blickt mit einer ganz besonderen Perspektive auf diesen Missstand: Er ist Soziologe und promovierter Religionswissenschaftler, aktiver evangelischer Pfarrer und zugleich als Vorstandsvorsitzender der Schultheiß Projektentwicklung AG in Nürnberg ein Mann der harten Baupraxis. Aus diesem Zusammenspiel von christlicher Ethik, gesellschaftlicher Analyse und Erfahrung im Wohnungsbau rechnet er mit einer Politik ab, die Blankoschecks für Produkte ausstellt, deren einziges Geschäftsmodell die Zerstörung ist – und zeigt messerscharf auf, wo das Geld im Land wirklich gebraucht würde.*

Um das Fazit vorwegzunehmen: Wer Dinge produziert, die vernichtet werden müssen, damit sie ihren Zweck erfüllen, produziert nichts Sinnvolles, sondern puren Unsinn – und zwar teuren Unsinn. Wir haben jetzt ein sogenanntes „Sondervermögen“, mit dem dieses Land auf unser aller Kosten Dinge herstellen lässt, die nicht nur vernichtet werden müssen, sondern ihren Sinn überhaupt erst durch Vernichtung entfalten: Rüstung, Waffen, Munition. Wir pumpen Milliarden in Produkte, deren Geschäftsmodell Zerstörung ist.

Schon während Sie diesen Satz lesen, wird es Menschen geben, die mich als „Putin Freund“ oder „Naivling“ beschimpfen. So weit sind wir in diesem Land gekommen, in dem einmal Sätze galten wie „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen“ (Franz Josef Strauß, 1949) und

in dem Ostermärsche einmal Ausdruck eines breiten gesellschaftlichen Gewissens waren. Heute reicht offenbar schon die Forderung nach Frieden, um sich als Sicherheitsrisiko verdächtig zu machen. Die Produktion von Gütern für den Bedarf des Marktes ist eine Grundregel des Kapitalismus – so steht es im Lehrbuch. In der Praxis werden allerdings massenhaft Dinge produziert, die mit wirklichen Bedürfnissen von Menschen wenig zu tun haben, die diese aber trotzdem kaufen sollen. Wir nennen das „Konsum“ und verkaufen es als Freiheit. Geschenkt. Aber Rüstung gehört nicht einmal in diese Kategorie. Denn Rüstung muss, selbst wenn sie nie eingesetzt wird, am Ende entsorgt werden – also vernichtet. Es ist eine Industrie, die mit der Aussicht auf Zerstörung, Verfall und Verschrottung geplant wird. Was wären in diesen Tagen echte Güter



Dr. Hermann Ruttmann, Pfarrer, Soziologe, Projektentwickler für geförderten Wohnungsbau, Bundestagskandidat der LINKEN

des Bedarfs? Ich arbeite nun im neunten Jahr in einem Unternehmen (jawohl, in einem kapitalistischen), das Wohnungen baut. Geförderte Wohnungen haben wir errichtet – 1.100 in acht Jahren –, damals, als geförderte Wohnungen noch tatsächlich gefördert wurden. Dazu kamen Kindertagesstätten mit ganz unterschiedlichen Trägern, in einer Zeit, als die Kommunen sich so etwas noch leisten konnten. Momentan kommen noch einmal vier Kitas dazu. Das ist echter Bedarf. Wir bauen auch Wohnungen für Menschen, die sich diese leisten können und die es für sinnvoller halten, mit der Schaffung von Wohnraum fürs Alter vorzusorgen, statt ihr Geld in Aktien oder Bitcoin zu werfen. Auch das ist ein sehr realer Bedarf von Menschen – und nicht die Laune einer Rüstungslobby. Heute fehlen in Deutschland mehrere Millionen Wohnungen, die den Druck aus dem Wohnungsmarkt nehmen würden. Menschen zahlen einen absurd hohen

Anteil ihres Einkommens – ob selbstständig, abhängig beschäftigt oder in Rente – für Miete oder für den Unterhalt ihrer Wohnungen. Unter anderem deshalb, weil Zinsbindungen ausgelaufen sind und sie ihre Darlehen jetzt zu Zinssätzen verlängern müssen, die man früher Wucher genannt hätte. Menschen leben in zu kleinen Wohnungen, weil sie nicht umziehen kön-

nen – nicht, weil sie es nicht wollen, sondern weil es schlicht zu wenige größere Wohnungen gibt. Über die Miethöhen reden wir da noch gar nicht.

Menschen wohnen in Wohnungen, in denen sie objektiv nicht gut leben können, weil sie nicht barrierefrei sind – rund 3,5 Millionen Wohnungen lassen sich gar nicht umbauen und müssten durch moderne, barrierefreie, inklusive Wohnungen ersetzt werden.

Menschen leben in Wohnungen ohne jede Klimaresilienz: keine Retentionsflächen im Innenhof oder auf dem Dach, keine Begrünung, keine Spur von Schwammstadt. Aber für neue Betonwüsten im Rüstungssektor scheint sich immer Geld zu finden.

Und wir haben viel zu wenige Wohnungen in ambulanten, teilstationären oder stationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, alte Menschen und Menschen mit Betreuungsbedarf, etwa in der Kinder- und Jugendhilfe. Für die



©alexander-hauk.de\_pixelio.de

wirklich Verletzlichen dieser Gesellschaft gibt es Wartelisten – für neue Waffenprogramme Blankoschecks.

Das ist der reale Bedarf von Menschen in diesem Land. Aber dafür hat niemand ein „Sondervermögen“ von einer halben Billion Euro aufgelegt. Stattdessen diskutieren wir ernsthaft darüber, wie „unser“ militärischer Beitrag aussehen muss, während viele Menschen sich fragen, wie sie die nächste Mieterhöhung überstehen sollen. Ich will unseren – angeblich so weltoffenen – Blick gar nicht über den Wiederaufbau in Gaza, Teheran, Kiew oder Caracas ausdehnen. Aber auch dort wäre aus einer christlichen

Perspektive – der wir so gern Sonntagsreden widmen – ein offensichtlicher Bedarf unserer Schwestern und Brüder.

Was soll ich sagen? Wer Dinge produziert, die Menschen und Lebensräume zerstören, statt Dinge herzustellen, die Menschen und Märkte wirklich brauchen, ist in diesem kapitalistischen System nicht nur „irgendwie fehlgeleitet“, sondern hat sich mit Ansage von der eigenen Vernunft verabschiedet. Oder um die Lage unserer Regierung in Berlin zu charakterisieren: „Es reicht nicht, keinen Plan zu haben. Man muss auch unfähig sein, ihn umzusetzen.“ Und genau daran arbeiten wir anscheinend hochprofessionell.

**Freitag, 16. Oktober 2026**

**17 Uhr Studentag**

## **Presse- und Meinungsfreiheit unter Druck**

Verschiedene Medienschaffende kommen ins Gespräch und bedenken die Rolle, die Kirchen als Institutionen und Christen im Allgemeinen bei dieser Thematik spielen könnten.

Referenten: Alexander Jungkunz (NN), Micha Götz (EPV), Reporter ohne Grenzen (angefragt).

**19-21 Uhr Mitgliederversammlung AEE e.V.**

**in Nürnberg, Haus eckstein**

### **Neues aus dem Leitenden Team**

Das LT hat Dr. Tia Pelz als Pfarrerin in das LT berufen. Wir freuen uns sehr, dass sie die Berufung angenommen hat. Hier ist ihre Selbstvorstellung:



*Ich bin Tia Pelz, Pfarrerin in der Melanchthonkirche Nürnberg-Ziegelstein und seit vielen Jahren mit Leidenschaft auf der*

*Suche nach einer gleichberechtigten Kirche, die die Menschen wie Jesus guttut.*

*Mich prägen lutherische, feministische und befreiungstheologische Perspektiven, die Überzeugung vom Priestertum aller Gläubigen und die Hoffnung, dass Gottes Geist auch in Zeiten tiefgreifender Veränderungen Neues wachsen lässt.*

*Erfahrungen aus Ost- und Westdeutschland, Kanada, Rumänien, Griechenland und den USA haben meinen Blick für unterschiedliche kirchliche Kulturen geschärft. Heute engagiere ich mich dafür, dass unsere Kirche mutig, antirassistisch, missionarisch und gesellschaftlich relevant auf Jesu Spuren geht.*

*Ich freue mich auf die Mitarbeit im Leitenden Team des AEE, weil ich überzeugt bin, dass progressive Stimmen in unserer Landeskirche Orte brauchen, an denen sie gemeinsam denken, streiten, hoffen und Zukunft gestalten können.*

## VERANSTALTUNGEN

### Regionalgruppe Nürnberg

**Montag, den 21. 9.** 15-17 Uhr

Gemeindehaus Heilig-Geist,  
Max-Planck-Str. 15, 90766 Fürth

### **Und nun? Kirche und Politik nach den Wahlen in drei Bundesländern**

Impulsgeber und Gesprächspartner Nikolaus Flämig, Stellvertretender Superintendent des Kirchenkreises Südthüringen, wo es seit drei Jahren einen AfD-Landrat gibt. Was können Kirche und Gesellschaft rechts-extremen Mehrheiten entgegensetzen?

Anmeldung an Susanne Leutsch unter [Susanne.leutsch@t-online.de](mailto:Susanne.leutsch@t-online.de)

Veranstalter:

AEE in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Bildungswerk Fürth, verantwortlich Dr. H.G. Koch, [hagekoch@gmail.com](mailto:hagekoch@gmail.com)

\* \* \*

**Samstag, 7.11.** 10-17 Uhr

Studientag im Haus Eckstein, Nürnberg

### **Brandbeschleuniger oder Friedensstifter? Der Beitrag der Religionen zu Krieg und Frieden**

Den einen gelten Religionen als Hoffnungsträger – zugleich stehen sie unter Verdacht, Konflikte anzuzünden. Im Namen des Glaubens wird getötet, aber auch versöhnt. Wie fördern Religionen Unterdrückung und gewalttätige Konflikte? Und wie können sie dem Frieden dienen?

Der Studientag blickt hinter einfache Zuschreibungen und zeigt, wie religiöse Über-

zeugungen sowohl zur Eskalation als auch zur Verständigung beitragen können.

**Hamad Abdel-Samad, Ägyptisch-deutscher Politikwissenschaftler und Publizist**

**Dr. Markus Weingardt, Friedensforscher**

**Kosten: 25 Euro, erm. 10 Euro**

**Anmeldung bis 2.11.2026**

Veranstalter: Arbeitsstelle Kokon, AEE, Rummelsberger Bruderschaft, Initiativkreis Frieden in der ELKB, Nürnberger Ev. Forum für den Frieden, Ökumenisches Netz Bayern, Pax Christi, Diözesanverband Bamberg, Evangelische Stadtakademie Nürnberg

## Impressum

b+k – Berichte und Kommentare

Das Magazin des AEE –

Anders.Evangelisch.Engagiert. e. V.

Herausgeber:

AEE – Anders.Evangelisch.Engagiert e. V.,  
Bingstraße 30, Appartement 21104,  
30480 Nürnberg

Vertretungsberechtigt gemäß § 26 BGB:  
Johannes Herold, Sprecher des AEE

Verantwortlich für den Inhalt nach Art. 8  
BayPrG:

Dr. Hans-Gerhard Koch c/o AEE-Geschäftsstelle, Bingstraße 30, Appartement 21104, 30480 Nürnberg

Redaktion:

Gerhard Monninger (gm), Dr. Hans-Gerhard Koch (HG), Johannes Herold (jh), Lutz Taubert (lt), Elke Zimmermann (ez).

Erscheinungsweise: halbjährlich

Internet: [www.aee-online.de](http://www.aee-online.de)

**Wir versenden b+k** an alle Mitglieder und Interessierten, deren E-Mail wir haben, **per Mail**. Wenn Sie nicht sicher sind, ob wir Ihre (richtige) E-Mail-Adresse haben, bitten wir um eine Mail an Beate Rabenstein unter *f-b-rabenstein@gmx.de*.

Wenn Sie **b+k weiterhin und kostenlos als Print-Ausgabe** bekommen möchten: kein Problem! Es genügt eine Nachricht an Frau Rabenstein, *Tel. 0911-7807204*, oder per Post an: *AEE-Geschäftsstelle, Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth*.

Wenn Sie eine größere Zahl von b+k-Heften zur Verteilung möchten, sagen Sie bitte Bescheid, wie viele und wo Sie sie verteilen. Wir werden dann die Auflage entsprechend anpassen.

Danke für Ihr Mittun!

Ihre Redaktion

**Der AEE ist auch auf Facebook**



www.facebook.com/AEEbayern



**Werde Mitglied des e.V.! Beitrittsformular unter**  
[www.aee-online.de/system/files/dateien/home\\_beitrittserkl\\_0.pdf](http://www.aee-online.de/system/files/dateien/home_beitrittserkl_0.pdf)

## Namen und Adressen

### Leitendes Team

**Johannes Herold**, Sprecher,

Gemeindepfarrer, Selb, 09287-60554 [Johannes.Herold@elkb.de](mailto:Johannes.Herold@elkb.de) / [aee-bayern@elkb.de](mailto:aee-bayern@elkb.de)

**Franzi Maisel**, Sprecherin,

Erzieherin, Bayreuth, 015115657639 [franzimaisel24@gmail.com](mailto:franzimaisel24@gmail.com)

**Beate Rabenstein**, Geschäftsführerin,

Bingstr. 30, Ap. 21104, 90480 Nürnberg, 0911-4030919 [f-b-rabenstein@gmx.de](mailto:f-b-rabenstein@gmx.de)

**Adele Detmar**,

Bayreuth, 0176 61053474 [adele.detmer@gmail.com](mailto:adele.detmer@gmail.com)

**Dr. Tia Pelz**,

Nürnberg, 01515 3129352 [tia.pelz@elkb.de](mailto:tia.pelz@elkb.de)

### Regionalgruppe Nürnberg

Dr. Hans-Gerhard Koch, Pfarrer i. R., Sonneberger Str. 10, 90765 Fürth,

[hagekoch@googlemail.de](mailto:hagekoch@googlemail.de) und

Christa Salinas, Nürnberg, [salitaut@t-online.de](mailto:salitaut@t-online.de)

### Regionalgruppe Bayreuth

N.N.

## Der Fußballgott

In diesem Sommer wird er wieder heftig bemüht, der Fußballgott. Einerseits gibt es ihn schon lange, weil (nur die Gewinner natürlich) immer schon seine Mitwirkung reklamieren. Diego Maradona hat sein leider mit Mitwirkung seiner Hand erzielt Tor in einer vergangenen WM ja auch der „Hand Gottes“ zugeschrieben. Die habe dafür gesorgt, dass Argentinien 1986 Weltmeister wurde und nicht mit dem verdienten Elfmeter bestraft wurde. Neu ist, dass Fußballer der Gruppe „Ballers in God“ ihren Glauben jetzt auch im Stadion mit allerlei religiösen Gesten und sogar mit Gebetskreisen demonstrieren. Wogegen an sich nichts zu sagen ist. Außer es sind Gesten wie die Krone, die für einen staatlich durchgesetzten Absolutheitsanspruch des Christentums steht - Stichwort: „Jesus is King“. Wenn das nicht gemeint ist, dann müsste man das Recht auch allen anderen Religionen der stark erweiterten WM 26 zugestehen. Da wird ganz schön was los sein, und womöglich nach jedem Tor. Hoffentlich dauert dann die Nachspielzeit nicht länger als das Spiel!

Ich halte es mit Margot Käßmann. Die hat gesagt: Gott ist vereinsfrei.

Wer ihn für irgendwelche menschlichen Wettbewerbe vereinnahmen will, geht

fehl. Wir haben doch schon bei anderen, sehr viel ernsteren Auseinandersetzungen gemerkt, wie hohl, ja eigentlich gotteslästerlich es ist, Gott in Kriege hineinzuziehen. Gerade wieder zu besichtigen beim Irakkrieg, wo beide Seiten vorgeben, Gott sei mit ihnen. Wenn überhaupt, ist er bei den Opfern, am Kreuz.

Gott kann schon auch bei den Gewinnern sein. Ganz sicher aber ist er bei den Verlierern.

Gottes Gnade ist ein Geschenk, im Fußball geht es längst hauptsächlich um Geld.

Und der, den der Welt-Fußballverband gerade mit einem extra ge-

schaftenen massiv goldenen Friedenspreis geehrt hat, hat anschließend einen völkerrechtswidrigen Krieg angefangen. Der Betreffende allerdings ist ohnehin der Meinung, dass es keinen Gott gäbe außer ihm. Die Bilder gingen um die Welt.

Der Fußballgott: ich glaube nicht an ihn. Meiner ist anders, und er steht nicht zu Diensten. Er ist gerecht, Fußballergebnisse können ungerecht sein. Das ist auch in Ordnung, denn es ist ein Spiel. Oder war es wenigstens mal eins, bevor das Geld die Herrschaft übernahm. Das ist inzwischen, wenn überhaupt, der wahre Fußballgott.

HG Koch

